

*schäften der Interessenvertreter der Monopole und gegen die Sabotage von Angehörigen des Staatsapparates die Zahl der volkseigenen Betriebe . . . nach dem Stand vom 1. Juli 1948 auf 1155 erhöht<sup>78</sup>.*“ Ein weiteres Mal belegen die in diesem Zitat gemachten Angaben über die Zahl der in Thüringen in den Jahren 1946 bis 1948 enteigneten Betriebe, wie eindeutig sich die SED schon in dieser Zeit auf die Sowjetisierung der mitteldeutschen Wirtschaft orientiert hatte.

Die letztlich vergeblichen Versuche, über oppositionelle Vorstöße in den Landtagen der Sowjetzone die „Revolution von oben“ aufzuhalten, zeigten zugleich, in welchem geringem Maße die CDU und die LDP über die parlamentarischen Körperschaften überhaupt Einfluß auf 'das politische Geschehen zu nehmen vermochten. Entscheidungen von grundsätzlicher Natur blieben ohnehin der sowjetischen Besatzungsmacht vorbehalten; sie wurden allenfalls mit den Spitzenfunktionären der SED erörtert. Aber auch sonst blieb den beiden bürgerlichen Parteien kaum Raum für oppositionelle Willensäußerungen in den Landtagen, -da ihre Fraktionen an die „einstimmig“ gefaßten Beschlüsse in den Blockausschüssen gebunden waren. So mußten sich die Landtagsabgeordneten der CDU und der LDP darauf beschränken, „um Abschiebungen zu ringen, was ihnen teilweise (so in Thüringen) dadurch gelang, daß sie sich gegen die Methoden der SED auf die mittlerweile verabschiedete Landesverfassung beriefen . . . Alles in allem kam diesen frühen Landtagen bei der Kontrolle über die Exekutive eine größere und echtere politische Bedeutung zu als in der Gesetzgebung. Vor allem gelang es den bürgerlichen Parteien, wo sie in der Mehrheit waren, die übelsten Auswüchse einer reinen SED-<sup>^</sup>Parteibuch\*-Personalpolitik zu bremsen. Gelegentlich freilich wirkten sich die bürgerlichen Majoritäten auch in der Legislative aus . . .“; so „widersetzte sich in Brandenburg die bürgerliche Mehrheit mit Erfolg einer SED-Vorlage auf Verstaatlichung der Lichtspieltheater, die von den übrigen Landtagen akzeptiert wurde<sup>19</sup>“. Auch im Sowjetsektor von Berlin wurde eine generelle Verstaatlichung der Kinos verhindert.

Obschon also die Opposition in den fünf mitteldeutschen Ländern nur sehr begrenzt wirksam war, veranlaßte sie doch die Sowjetische Militäradministration und die deutschen Kommunisten, frühzeitig eine deutsche Zentralgewalt auf- und auszubauen, die den in den mitteldeutschen Ländern Verfassungen verankerten Gedanken des Föderalismus illusorisch machte. Ein wichtiger Schritt auf diesem Wege war die Bildung der zentralen „Deutschen<sup>78 79</sup>

78 Ebenda, S. 386 f.

79 Ernst Richert „Agitation und Propaganda“, S. 35, Anm. 81 und 83.